Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1219

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/3 — 20020 — 2740/66 III

Bonn, den 8. Dezember 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. Mai 1963 über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern

mit Begründung, den Wortlaut des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache und in deutscher Übersetzung sowie eine Denkschrift zu dem Übereinkommen (Anlage 1). Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 296. Sitzung am 1. Juli 1966 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Entwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen. Im übrigen hat der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Anlage 3 dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. Mai 1963 über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 6. Mai 1963 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit in Artikel 2 des Übereinkommens die Möglichkeit eines staatlich genehmigten Verzichts auf eine der Staatsangehörigkeiten der Vertragsstaaten vorgesehen ist, wird die Genehmigung für deutsche Staatsangehörige in Form der Entlassung nach den §§ 19 bis 23 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 583) erteilt.

(2) Die in Nummer 1 Halbsatz 2 der Anlage des Übereinkommens vorgesehene Befreiung von der Voraussetzung des gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland wird für deutsche Staatsangehörige in Form der Entlassung nach den §§ 19 bis 23 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 583) erteilt.

(3) Die Artikel 5 und 6 des Übereinkommens, die die Erfüllung der Wehrpflicht in Fällen der Mehrstaatigkeit betreffen, gelten nicht im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 10 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Artikel 2 soll eine dem geltenden deutschen Rechtszustand angepaßte Anwendung des Übereinkommens ermöglichen.

Artikel 2 des Übereinkommens enthält den für das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht fremden Begriff des staatlich genehmigten Verzichts. Zur Anpassung an den deutschen Rechtszustand wird deshalb in Absatz 1 bestimmt, daß die Genehmigung zum Verzicht nach deutschem Recht in der Form der Entlassung nach §§ 19 bis 23 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erteilt wird. Diese Vorschriften stellen den Mehrstaater, der seine deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben will, grundsätzlich günstiger als Artikel 2 des Übereinkommens und sind daher durch Artikel 4 des Übereinkommens gedeckt.

Genauso verhält es sich mit der in Nummer 1 Halbsatz 2 der Anlage des Übereinkommens vorgesehenen Befreiung von der Voraussetzung des gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland. Auch hierfür wird — in Absatz 2 — bestimmt, daß diese Befreiung in Form der Entlassung nach §§ 19 bis 23 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erfolgt.

Die Artikel 5 und 6 des Übereinkommens sind in Berlin nicht anwendbar, weil das Wehrpflichtgesetz im Land Berlin nicht gilt.

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen soll mit Ausnahme der Artikel 5 und 6 auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 10 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern

Convention on Reduction of Cases of Multiple Nationality and Military Obligations in Cases of Multiple Nationality

Convention sur la Réduction des cas de pluralité de nationalités et sur les obligations militaires en cas de pluralité de nationalités

THE MEMBER STATES OF THE COUNCIL OF EUROPE, signatory hereto,

CONSIDERING that the aim of the Council of Europe is to achieve greater unity between its Members;

CONSIDERING that cases of multiple nationality are liable to cause difficulties and that joint action to reduce as far as possible the number of cases of multiple nationality, as between member States, corresponds to the aims of the Council of Europe;

CONSIDERING it desirable that persons possessing the nationality of two or more Contracting Parties should be required to fulfil their military obligations in relation to one of those Parties only,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

CHAPTER I

Reduction of cases of multiple nationality

Article 1

1. Nationals of the Contracting Parties who are of full age and who acquire of their own free will, by means of naturalisation, option or recovery, the nationality of another Party shall lose their former nationality. They shall not be authorised to retain their former nationality.

2. Nationals of the Contracting Parties who are minors and acquire by the same means the nationality of another Party shall also lose their former nationality if, where their national law provides for the loss of nationality in such cases, they have been duly empowered or represented. They shall not be authorised to retain their former nationality.

LES ETATS MEMBRES DU CONSEIL DE L'EUROPE, signataires de la présente Convention,

CONSIDÉRANT que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses Membres;

CONSIDÉRANT que le cumul de nationalités est une source de difficultés, et qu'une action commune en vue de réduire autant que possible, dans les relations entre Etats membres, les cas de pluralité de nationalités, répond au but poursuivi par le Conseil de l'Europe;

CONSIDÉRANT qu'il est souhaitable qu'un individu qui possède la nationalité de deux ou plusieurs Parties Contractantes n'ait à remplir ses obligations militaires qu'à l'égard d'une seule de ces Parties,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

CHAPITRE Ier

De la réduction des cas de pluralité de nationalités

Article 1er

1. Les ressortissants majeurs des Parties Contractantes qui acquièrent à la suite d'une manifestation expresse de volonté, par naturalisation, option ou réintégration, la nationalité d'une autre Partie, perdent leur nationalité antérieure; ils ne peuvent être autorisés à la conserver.

2. Les ressortissants mineurs des Parties Contractantes qui acquièrent dans les mêmes conditions la nationalité d'une autre Partie, perdent également leur nationalité antérieure si, leur loi nationale prévoyant la possibilité pour les mineurs de perdre en pareil cas leur nationalité, ils ont été dûment habilités ou représentés; ils ne peuvent être autorisés à conserver leur nationalité antérieure.

(Übersetzung)

DIE MITGLIEDSTAATEN DES EUROPARATS, die dieses Übereinkommen unterzeichnen —

IN DER ERWÄGUNG, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen,

IN DER ERWÄGUNG, daß sich in Fällen mehrfacher Staatsangehörigkeit Schwierigkeiten ergeben können und daß ein gemeinsames Vorgehen zur möglichst weitgehenden Verringerung dieser Fälle im Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten dem Ziel des Europarats entspricht,

IN DER ERWÄGUNG, daß es erwünscht ist, wenn Personen, welche die Staatsangehörigkeit von zwei oder mehr Vertragsparteien besitzen, ihre Wehrpflicht nur gegenüber einer dieser Parteien zu erfüllen brauchen —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

KAPITEL I

Verringerung von Fällen der Mehrstaatigkeit

Artikel 1

(1) Volljährige Staatsangehörige einer Vertragspartei, die infolge einer ausdrücklichen Willenserklärung durch Einbürgerung, Option oder Wiedereinbürgerung die Staatsangehörigkeit einer anderen Vertragspartei erwerben, verlieren ihre vorherige Staatsangehörigkeit; die Beibehaltung der vorherigen Staatsangehörigkeit ist ihnen zu versagen.

(2) Minderjährige Staatsangehörige einer Vertragspartei, die in der gleichen Weise die Staatsangehörigkeit einer anderen Vertragspartei erwerben, verlieren ebenfalls ihre vorherige Staatsangehörigkeit, wenn sie, sofern ihr Heimatrecht in solchen Fällen den möglichen Verlust der Staatsangehörigkeit vorsieht, ordnungsgemäß ermächtigt oder vertreten gewesen sind; die Beibehaltung der vorherigen Staatsangehörigkeit ist ihnen zu versagen.

3. Minor children, other than those who are or have been married, shall likewise lose their former nationality in the event of the acquisition ipso jure of the nationality of another Contracting Party upon and by reason of the naturalisation or the exercise of an option or the recovery of nationality by their father and mother. Where only one parent loses his former nationality, the law of that Contracting Party whose nationality the minor possessed shall determine from which of his parents he shall derive his nationality. In the latter case, the said law may make the loss of his nationality subject to the prior consent of the other parent or the guardian to his acquiring the new nationality.

However, without prejudice to the provisions of the law of each of the Contracting Parties concerning the recovery of nationality, the Party of which the minor referred to in the foregoing paragraph possessed the nationality may lay down special conditions on which they may recover that nationality of their own free will after attaining their majority.

4. In so far as concerns the loss of nationality as provided for in the present Article, the age of majority and minority and the conditions of capacity and representation shall be determined by the law of the Contracting Party whose nationality the person concerned possesses.

Article 2

1. A person who possesses the nationality of two or more Contracting Parties may renounce one or more of these nationalities, with the consent of the Contracting Party whose nationality he desires to renounce.

2. Such consent may not be withheld the Contracting Party whose nationality a person of full age possesses ipso jure, provided that the said person has, for the past ten years, had his ordinary residence outside the territory of that Party and also provided that he has his ordinary residence in the territory of the Party whose nationality he intends to retain.

Consent may likewise not be withheld by the Contracting Party in the case of minors who fulfil the conditions stipulated in the preceding paragraph, provided that their national law allows them to give up their na-

3. Perdent également leur nationalité antérieure les enfants mineurs, à l'exclusion de ceux qui sont ou ont été mariés, qui acquièrent de plein droit la nationalité d'une autre Partie Contractante au moment et par le fait de la naturalisation, de l'option ou de la réintégration de leurs père et mère. Lorsque seul le père ou la mère perd sa nationalité antérieure, la loi de celle des Parties Contractantes dont le mineur possédait la nationalité déterminera celui de ses parents dont il suit la condition; dans ce dernier cas, elle pourra subordonner la perte de sa nationalité au consentement préalable de l'autre parent ou du représentant légal à l'acquisition de la nouvelle nationalité.

Toutefois et sans préjudice des dispositions de la législation de chacune des Parties Contractantes relativement au recouvrement de sa nationalité, la Partie dont les mineurs visés à l'alinéa précédent possédaient la nationalité aura la faculté de fixer des conditions particulières leur permettant, après leur majorité, de recouvrer cette nationalité à la suite d'une manifestation expresse de volonté.

4. Pour la perte de la nationalité prévue au présent article, la majorité et la minorité ainsi que les conditions d'habilitation et de représentation sont déterminées par la loi de la Partie Contractante dont l'individu possède la nationalité.

Article 2

1. Tout individu possédant la nationalité de deux ou plusieurs Parties Contractantes pourra renoncer à l'une ou aux autres nationalités qu'il possède, avec l'autorisation de la Partie Contractante à la nationalité de laquelle il entend renoncer.

2. Cette autorisation ne sera pas refusée par la Partie Contractante dont le ressortissant majeur possède de plein droit la nationalité s'il a, depuis au moins dix ans, sa résidence habituelle hors du territoire de cette Partie et à la condition qu'il ait sa résidence habituelle sur le territoire de la Partie dont il entend conserver la nationalité.

L'autorisation ne sera pas refusée par la Partie Contractante dont le ressortissant mineur remplit les conditions prévues à l'alinéa précédent, si sa loi nationale lui permet de perdre sa nationalité sur simple déclaration

(3) Minderjährige — mit Ausnahme der verheirateten oder verheiratet gewesenen —, die im Zeitpunkt und infolge der Einbürgerung, Option oder Wiedereinbürgerung ihrer Eltern von Gesetzes wegen die Staatsangehörigkeit einer anderen Vertragspartei erwerben, verlieren gleichfalls ihre vorherige Staatsangehörigkeit. Verliert nur der Vater oder nur die Mutter die vorherige Staatsangehörigkeit, so bestimmt sich nach den Gesetzen derjenigen Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit der Minderjährige besaß, welchem Elternteil er in seiner Rechtsstellung folgt; im letzteren Fall können die genannten Gesetze vorsehen, daß der Verlust der Staatsangehörigkeit von der vorherigen Zustimmung des anderen Elternteils oder des gesetzlichen Vertreters zum Erwerb der neuen Staatsangehörigkeit abhängig gemacht wird.

Unbeschadet der Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei über den Wiedererwerb ihrer Staatsangehörigkeit kann jedoch diejenige Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit ein in Unterabsatz 1 bezeichneter Minderjähriger besaß, besondere Bedingungen festlegen, unter denen der Minderjährige nach Erreichung der Volljährigkeit diese Staatsangehörigkeit auf Grund einer ausdrücklichen Willenserklärung wiedererwerben kann.

(4) Für den in diesem Artikel vorgesehenen Verlust der Staatsangehörigkeit bestimmen sich die Volljährigkeit, die Minderjährigkeit und die Voraussetzungen der Ermächtigung und Vertretung nach den Gesetzen derjenigen Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit der Betreffende besitzt.

Artikel 2

(1) Wer die Staatsangehörigkeit von zwei oder mehr Vertragsparteien besitzt, kann auf eine oder mehrere davon verzichten, sofern diejenige Vertragspartei, auf deren Staatsangehörigkeit er verzichten will, dies genehmigt.

(2) Diese Genehmigung darf einem Volljährigen von der Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit er von Gesetzes wegen besitzt, nicht versagt werden, wenn er seit mindestens zehn Jahren seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebiets dieser Vertragspartei hat und wenn er seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet derjenigen Vertragspartei hat, deren Staatsangehörigkeit er beibehalten will.

Die Genehmigung darf eine Vertragspartei auch einem minderjährigen Staatsangehörigen nicht versagen, der die Voraussetzungen des Unterabsatzes 1 erfüllt, wenn sein Heimatrecht ihm gestattet, seine Staats-

tionality by means of a simple declaration and provided also that they have been duly empowered or represented.

3. The age of majority and minority and the conditions for being empowered or represented shall be determined by the law of the Contracting Party whose nationality the person in question desires to renounce.

Article 3

The Contracting Party whose nationality a person desires to renounce shall not require the payment of any special tax or charge in the event of such renunciation.

Article 4

Nothing in the provisions of this Convention shall preclude the application of any provision more likely to limit the occurrence of multiple nationality whether embodied or subsequently introduced into either the municipal law of any Contracting Party or any other treaty, convention or agreement between two or more of the Contracting Parties.

CHAPTER II

Military obligations in cases of multiple nationality

Article 5

1. Persons possessing the nationality of two or more Contracting Parties shall be required to fulfil their military obligations in relation to one of those Parties only.

2. The modes of application of paragraph 1 may be determined by special agreements between any of the Contracting Parties.

Article 6

Except where a special agreement which has been, or may be, concluded provides otherwise, the following provisions are applicable to a person possessing the nationality of two or more Contracting Parties:

1. Any such person shall be subject to military obligations in relation to the Party in whose territory he is ordinarily resident. Nevertheless, he shall be free to choose, up to the age of 19 years, to submit himself to military obligations as a volunteer in relation to any other Party of which he is also a national for a total and effective period at least equal to that of the active military service required by the former Party.

2. A person who is ordinarily resident in the territory of a Contracting

et s'il a été dûment habilité ou représenté.

3. La majorité, la minorité ainsi que les conditions d'habilitation et de représentation sont déterminées par la loi de la Partie Contractante à la nationalité de laquelle l'individu entend renoncer.

Article 3

La Partie Contractante à la nationalité de laquelle l'individu désire renoncer ne percevra, à cette occasion, aucun droit spécial ni taxe spéciale.

Article 4

Les dispositions de la présente Convention ne font pas obstacle à l'application des dispositions plus favorables à la réduction des cas de cumul de nationalités, contenues ou qui seraient introduites ultérieurement soit dans la législation nationale de toute Partie Contractante, soit dans tout autre traité, convention ou accord entre deux ou plusieurs Parties Contractantes.

CHAPITRE II

Des obligations militaires en cas de pluralité de nationalités

Article 5

1. Tout individu qui possède la nationalité de deux ou plusieurs Parties Contractantes n'est tenu de remplir ses obligations militaires qu'à l'égard d'une seule de ces Parties.

2. Des accords spéciaux entre les Parties Contractantes intéressées pourront déterminer les modalités d'application de la disposition prévue au paragraphe 1.

Article 6

A défaut d'accords spéciaux conclus ou à conclure, les dispositions suivantes sont applicables à l'individu possédant la nationalité de deux ou de plusieurs Parties Contractantes:

1. L'individu sera soumis aux obligations militaires de la Partie sur le territoire de laquelle il réside habituellement. Néanmoins, cet individu aura la faculté, jusqu'à l'âge de 19 ans, de se soumettre aux obligations militaires dans l'une quelconque des Parties dont il possède également la nationalité sous forme d'engagement volontaire pour une durée totale et effective au moins égale à celle du service militaire actif dans l'autre Partie.

2. L'individu qui a sa résidence habituelle sur le territoire d'une Partie

angehörigkeit durch einfache Erklärung aufzugeben, und wenn er ordnungsgemäß ermächtigt oder vertreten gewesen ist.

(3) Die Volljährigkeit, die Minderjährigkeit und die Voraussetzungen für die Ermächtigung und Vertretung bestimmen sich nach den Gesetzen derjenigen Vertragspartei, auf deren Staatsangehörigkeit der Betreffende verzichten will.

Artikel 3

Die Vertragspartei, auf deren Staatsangehörigkeit der Betreffende verzichten will, erhebt aus diesem Anlaß keine besondere Gebühr oder Abgabe.

Artikel 4

Dieses Übereinkommen steht nicht der Anwendung von Bestimmungen entgegen, die in den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder in einem anderen Vertrag, Übereinkommen oder Abkommen zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien jetzt oder künftig enthalten und geeignet sind, die Fälle von Mehrstaatigkeit in stärkerem Maße zu verringern.

KAPITEL II

Erfüllung der Wehrpflicht in Fällen von Mehrstaatigkeit

Artikel 5

(1) Wer die Staatsangehörigkeit von zwei oder mehr Vertragsparteien besitzt, braucht seine Wehrpflicht nur gegenüber einer dieser Vertragsparteien zu erfüllen.

(2) Die Anwendung des Absatzes 1 kann durch Sonderabkommen zwischen den beteiligten Vertragsparteien näher geregelt werden.

Artikel 6

Sind oder werden keine Sonderabkommen geschlossen, so gelten für Personen, welche die Staatsangehörigkeit von zwei oder mehr Vertragsparteien besitzen, folgende Bestimmungen:

(1) Der Betreffende ist gegenüber derjenigen Vertragspartei wehrdienstpflichtig, in deren Hoheitsgebiet er sich gewöhnlich aufhält. Es steht ihm jedoch bis zum Alter von 19 Jahren frei, seine Wehrpflicht bei jeder anderen Vertragspartei zu erfüllen, deren Staatsangehörigkeit er ebenfalls besitzt, indem er als Freiwilliger einen Wehrdienst von mindestens der gleichen tatsächlichen Gesamtdauer ableistet, wie sie für den aktiven Wehrdienst der erstgenannten Vertragspartei vorgesehen ist.

(2) Wer seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertrags-

Party of which he is not a national or in that of a State which is not a Party may choose to perform his military service in the territory of any Contracting Party of which he is a national.

3. A person who, in accordance with the rules laid down in paragraphs 1 and 2, shall fulfil his military obligations in relation to one Party, as prescribed by the law of that Party, shall be deemed to have fulfilled his military obligations in relation to any other Party or Parties of which he is also a national.

4. A person who, before the entry into force of this Convention between the Parties of which he is a national, has, in relation to one of those Parties, fulfilled his military obligations in accordance with the law of that Party, shall be deemed to have fulfilled the same obligations in relation to any other Party or Parties of which he is also a national.

5. A person who, in conformity with paragraph 1, has performed his active military service in relation to one of the Contracting Parties of which he is a national, and subsequently transfers his ordinary residence to the territory of the other Party of which he is a national, shall be liable to military service in the reserve only in relation to the latter Party.

6. The application of this Article shall not prejudice, in any respect, the nationality of the persons concerned.

7. In the event of mobilisation by any Party, the obligations arising under this Article shall not be binding upon that Party.

Contractante dont il n'est pas le national ou d'un Etat non contractant, aura la faculté de choisir parmi les Parties Contractantes dont il possède la nationalité celle dans laquelle il désire accomplir ses obligations militaires.

3. L'individu qui, conformément aux règles prévues aux paragraphs 1 ou 2, aura satisfait à ses obligations militaires à l'égard d'une Partie Contractante, dans les conditions prévues par la législation de cette Partie, sera considéré comme ayant satisfait aux obligations militaires à l'égard de la ou des Parties dont il est également le ressortissant.

4. L'individu qui, antérieurement à l'entrée en vigueur de la présente Convention entre les Parties Contractantes dont il possède la nationalité, a satisfait dans l'une quelconque de ces Parties aux obligations militaires prévues par la législation de celle-ci, sera considéré comme ayant satisfait à ces mêmes obligations dans la ou les Parties dont il est également le ressortissant.

5. Lorsque l'individu a accompli ses obligations militaires d'activité dans l'une des Parties Contractantes dont il possède la nationalité, en conformité du paragraphe 1, et qu'il transfère ultérieurement sa résidence habituelle sur le territoire de l'autre Partie dont il possède la nationalité, il ne pourra être soumis, s'il y a lieu, aux obligations militaires de réserve que dans cette dernière Partie.

6. L'application des dispositions du présent article n'affecte en rien la nationalité des individus.

7. En cas de mobilisation dans une des Parties Contractantes, les obligations découlant des dispositions du présent article ne sont pas applicables en ce qui concerne cette Partie.

partei, deren Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, oder im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaats hat, kann wählen, bei welcher Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit er besitzt, er seine Wehrpflicht erfüllen will.

(3) Hat eine Person nach Maßgabe des Absatzes 1 oder 2 ihre Wehrpflicht gegenüber einer Vertragspartei im Einklang mit deren Rechtsvorschriften erfüllt, so gilt ihre Wehrpflicht auch gegenüber der oder den Vertragsparteien als erfüllt, deren Staatsangehörigkeit sie ebenfalls besitzt.

(4) Hat eine Person vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens zwischen denjenigen Vertragsparteien, deren Staatsangehörigkeit sie besitzt, bei einer dieser Vertragsparteien die dort gesetzlich vorgesehene Wehrpflicht erfüllt, so gilt die Wehrpflicht auch gegenüber der oder den Vertragsparteien als erfüllt, deren Staatsangehörigkeit die betreffende Person ebenfalls besitzt.

(5) Wer seine aktive Wehrpflicht bei einer der Vertragsparteien, deren Staatsangehörigkeit er besitzt, gemäß Absatz 1 erfüllt hat und danach seinen gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verlegt, deren Staatsangehörigkeit er besitzt, kann nur von der letzteren zur Erfüllung der Reservewehrpflicht herangezogen werden.

(6) Die Anwendung dieses Artikels berührt nicht die Staatsangehörigkeit der betroffenen Personen.

(7) Im Falle der Mobilmachung einer Vertragspartei ist diese nicht an die Verpflichtungen gebunden, die sich aus diesem Artikel ergeben.

CHAPTER III

Application of the Convention

Article 7

1. Each Contracting Party shall apply the provisions of Chapters I and II.

It is however understood that each Contracting Party may declare, at the time of ratification, acceptance or accession, that it will apply the provisions of Chapter II only. In this case the provisions of Chapter I shall not be applicable in relation to that Party.

It may, at any subsequent time, notify the Secretary-General of the Council of Europe, that it is applying the provisions of Chapter I as well. This notification shall become effec-

CHAPITRE III

De l'application de la Convention

Article 7

1. Chacune des Parties Contractantes applique les dispositions des chapitres Ier et II.

Toutefois, chacune des Parties Contractantes peut, au moment de la signature, ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, déclarer qu'Elle n'appliquera que les dispositions du chapitre II. Dans ce cas, les dispositions du chapitre Ier ne sont pas applicables à l'égard de cette Partie.

Elle pourra ultérieurement à tout moment notifier au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe qu'Elle applique également les dispositions du chapitre Ier. Cette notification prendra ef-

KAPITEL III

Anwendung des Übereinkommens

Artikel 7

(1) Jede Vertragspartei wendet die Kapitel I und II an.

Jede Vertragspartei kann jedoch bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde erklären, daß sie lediglich das Kapitel II anwenden wird. In diesem Fall gelangt Kapitel I gegenüber dieser Vertragspartei nicht zur Anwendung.

Sie kann jederzeit danach dem Generalsekretär des Europarats notifizieren, daß sie auch Kapitel I anwendet. Diese Notifikation wird mit dem Tag ihres Eingangs wirksam; Kapitel I ge-

tive as from the date of its receipt, and the provisions of Chapter I shall thereupon become applicable in relation to that Party.

2. Each Contracting Party which has applied the provisions of the first sub-paragraph of paragraph 1 of this Article may declare, at the time of signing or at the time of depositing its instrument of ratification, acceptance or accession that it will apply the provisions of Chapter II only in regard to Contracting Parties which are applying the provisions of Chapters I and II. In this case the provisions of Chapter II shall not be applicable between the Party making such a declaration and a Party applying the second sub-paragraph of paragraph 1.

fet à la date de sa réception et les dispositions du chapitre Ier deviendront alors applicables à l'égard de cette Partie.

2. Chacune des Parties Contractantes qui fait application des dispositions du paragraphe 1, 1er alinéa, du présent article peut, au moment de la signature, ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, déclarer qu'Elle n'appliquera les dispositions du chapitre II qu'à l'égard des Parties Contractantes qui appliquent les dispositions des chapitres Ier et II. Dans ce cas, les dispositions du chapitre II ne sont pas applicables entre la Partie qui fait une telle déclaration et une Partie qui fait application des dispositions du deuxième alinéa du paragraphe 1.

langt sodann gegenüber dieser Vertragspartei zur Anwendung.

(2) Jede Vertragspartei, die gemäß Absatz 1 Unterabsatz 1 verfährt, kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde erklären, daß sie Kapitel II nur gegenüber denjenigen Vertragsparteien anwenden wird, welche die Kapitel I und II anwenden. In diesem Fall gelangt Kapitel II zwischen der Vertragspartei, die eine solche Erklärung abgegeben hat, und einer Vertragspartei, die gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 verfährt, nicht zur Anwendung.

CHAPTER IV

Final Clauses

Article 8

1. Any Contracting Party may, when signing this Convention or depositing its instrument of ratification, acceptance or accession, declare that it avails itself of one or more of the reservations provided for in the Annex to the present Convention. No other reservation shall be permitted.

2. Any Contracting Party may wholly or partly withdraw a reservation it has made in accordance with the foregoing paragraph by means of a notification addressed to the Secretary-General of the Council of Europe, which shall become effective as from the date of its receipt.

3. A Contracting Party which has made a reservation in respect of any provision of the Convention in accordance with this Article may not claim application of the said provision by another Party; it may, however, if its reservation is partial or conditional claim the application of that provision in so far as it has itself accepted it.

Article 9

1. Any Contracting Party may, by a declaration made to the Secretary-General of the Council of Europe on signature or on depositing its instrument of ratification, acceptance or accession, or at any subsequent time, with regard to States and territories for which it assumes international responsibility, or for which it is empowered to contract, define the term "nationals" and specify the "territories" to which the present Convention shall be applicable.

CHAPITRE IV

Clauses finales

Article 8

1. Chacune des Parties Contractantes peut au moment de la signature de la présente Convention ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion déclarer faire usage d'une ou de plusieurs réserves figurant à l'annexe à la présente Convention. Aucune autre réserve ne peut être admise.

2. Chacune des Parties Contractantes peut retirer en tout ou en partie une réserve formulée par Elle en vertu du paragraphe précédent au moyen d'une notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et qui prendra effet à la date de sa réception.

3. Une Partie Contractante qui, en vertu du présent article, a fait usage d'une réserve au sujet d'une disposition de la Convention, ne peut prétendre à l'application de cette disposition par une autre Partie. Elle peut toutefois, si la réserve est partielle ou conditionnelle, prétendre à l'application de cette disposition dans la mesure où Elle l'a acceptée.

Article 9

1. Chaque Partie Contractante pourra, par une déclaration faite au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe au moment de la signature ou du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, en ce qui concerne les Etats et territoires dont Elle assume la responsabilité internationale ou pour lesquels Elle est habilitée à stipuler, définir le terme « ressortissants » et déterminer les « territoires » auxquels la présente Convention sera applicable.

KAPITEL IV

Schlußbestimmungen

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde erklären, daß sie von einem oder mehreren der in der Anlage zu dem Übereinkommen aufgeführten Vorbehalte Gebrauch macht. Andere Vorbehalte sind nicht zulässig.

(2) Jede Vertragspartei kann einen von ihr auf Grund des Absatzes 1 gemachten Vorbehalt durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation, die im Zeitpunkt ihres Eingangs wirksam wird, ganz oder teilweise zurückziehen.

(3) Eine Vertragspartei, die auf Grund dieses Artikels einen Vorbehalt zu einer Bestimmung dieses Übereinkommens gemacht hat, kann nicht verlangen, daß eine andere Vertragspartei die betreffende Bestimmung anwendet. Ist jedoch ihr Vorbehalt beschränkt oder bedingt, so kann sie die Anwendung der betreffenden Bestimmung insoweit verlangen, als sie sie selbst angenommen hat.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung bezüglich der Staaten und Hoheitsgebiete, deren internationale Beziehungen sie wahrnimmt oder für die sie Verträge zu schließen befugt ist, den Begriff „Staatsangehörige" bestimmen und die „Hoheitsgebiete" bezeichnen, auf welche dieses Übereinkommen anwendbar ist.

2. Any declaration made in accordance with this Article may, in respect of the nationals and territories mentioned in such declaration, be withdrawn according to the procedure laid down in Article 12 of this Convention.

2. Toute déclaration en vertu du présent article pourra être retirée, en ce qui concerne les ressortissants et territoires désignés dans cette déclaration, aux conditions prévues par l'article 12 de la présente Convention.

(2) Jede auf Grund dieses Artikels abgegebene Erklärung kann bezüglich der darin bezeichneten Staatsangehörigen und Hoheitsgebiete nach Maßgabe des Artikels 12 zurückgezogen werden.

Article 10

1. This Convention shall be open to signature by the member States of the Council of Europe. It shall be subject to ratification or acceptance. Instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Secretary-General of the Council of Europe.

2. This Convention shall enter into force one month after the date of deposit of the second instrument of ratification or acceptance.

3. In respect of a signatory State ratifying or accepting subsequently, the Convention shall come into force one month after the date of deposit of its instrument of ratification or acceptance.

Article 10

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Membres du Conseil de l'Europe. Elle sera ratifiée ou acceptée. Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La présente Convention entrera en vigueur un mois après la date du dépôt du deuxième instrument de ratification ou d'acceptation.

3. A l'égard de tout signataire qui la ratifiera ou l'acceptera ultérieurement, la Convention entrera en vigueur un mois après la date du dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation.

Artikel 10

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitglieder des Europarats zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation oder Annahme. Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden sind beim Generalsekretär des Europarats zu hinterlegen.

(2) Dieses Übereinkommen tritt einen Monat nach der Hinterlegung der zweiten Ratifikations- oder Annahmeurkunde in Kraft.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert oder annimmt, tritt es einen Monat nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde in Kraft.

Article 11

1. After this Convention has come into force the Committee of Ministers of the Council of Europe may unanimously decide to invite any State which is not a Member of the Council to accede to it. Any State so invited may accede by depositing its instrument of accession with the Secretary-General of the Council.

2. The Convention shall come into force in respect of any State acceding thereto one month after the date of deposit of its instrument of accession.

Article 11

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra décider, à l'unanimité, d'inviter tout Etat non membre du Conseil à adhérer à celle-ci. Tout Etat ayant reçu cette invitation pourra adhérer à la Convention en déposant son instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. Pour tout Etat adhérent, la Convention entrera en vigueur un mois après la date du dépôt de son instrument d'adhésion.

Artikel 11

(1) Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats durch einstimmigen Beschluß jeden Nichtmitgliedstaat des Rates einladen, dem Übereinkommen beizutreten. Jeder Staat, der eine solche Einladung erhalten hat, kann dem Übereinkommen durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats beitreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt das Übereinkommen einen Monat nach der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Article 12

1. This Convention shall remain in force indefinitely.

2. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary-General of the Council of Europe.

3. Such denunciation shall take effect one year after the date of receipt by the Secretary-General of such notification.

Article 12

1. La présente Convention demeurera en vigueur sans limitation de durée.

2. Toute Partie Contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

3. La dénonciation prendra effet une année après la date de la réception de la notification par le Secrétaire Général.

Artikel 12

(1) Dieses Übereinkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen, soweit es sie selbst betrifft, durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Eingang dieser Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Article 13

The Secretary-General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council and the Government of any State which has acceded to this Convention of:

(a) any signature and any deposit of instruments of ratification, acceptance or accession;

(b) all dates of entry into force of the Convention in accordance with Articles 10 and 11 thereof;

Article 13

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil et au Gouvernement de tout Etat ayant adhéré à la présente Convention:

(a) toute signature et le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion;

(b) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément aux articles 10 et 11;

Artikel 13

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und den Regierungen aller Staaten, die diesem Übereinkommen beigetreten sind,

a) jede Unterzeichnung und jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde;

b) den Zeitpunkt jedes Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 10 und 11;

(c) any reservation made in accordance with Article 8, paragraph 1;

(d) the withdrawal of any reservation in accordance with Article 8, paragraph 2;

(e) any declaration or notification received in accordance with the provisions of Article 7 and Article 9, paragraph 1;

(f) any notification received in pursuance of the provisions of Article 9, paragraph 2, and of Article 12 and the date on which denunciation takes effect.

(c) toute réserve formulée en application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 8;

(d) le retrait de toute réserve effectué en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 8;

(e) toute déclaration et toute notification reçues en application des dispositions de l'article 7 et du paragraphe 1 de l'article 9;

(f) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 9 et des dispositions de l'article 12, et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

c) jeden nach Artikel 8 Absatz 1 gemachten Vorbehalt;

d) jede nach Artikel 8 Absatz 2 erfolgte Zurückziehung eines Vorbehalts;

e) jede nach Artikel 7 und nach Artikel 9 Absatz 1 eingegangene Erklärung und Notifikation;

f) jede nach Artikel 9 Absatz 2 und nach Artikel 12 eingegangene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE at Strasbourg, this 6th day of May 1963 in English and in French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary-General shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding Governments.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

FAIT à Strasbourg, le 6 mai 1963, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements signataires et adhérents.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Straßburg am 6. Mai 1963 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär übermittelt allen Unterzeichnerregierungen und beitretenden Regierungen beglaubigte Abschriften.

For the GOVERNMENT OF THE REPULIC OF AUSTRIA:

Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE:

Kreisky

Für die REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH:

For the GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF BELGIUM:

Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE BELGIQUE:

Für die REGIERUNG DES KÖNIGREICHS BELGIEN:

For the GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF CYPRUS:

Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE CHYPRE:

Für die REGIERUNG DER REPUBLIK ZYPERN:

For the GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF DENMARK:

Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE DANEMARK:

Für die REGIERUNG DES KÖNIGREICHS DÄNEMARK:

For the GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC:

Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE:

Le Gouvernement de la République française déclare faire usage de la réserve prévue au point 2 de l'Annexe à la Convention.

Michel Habib-Deloncle

Für die REGIERUNG DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK:

Die Regierung der Französischen Republik erklärt, daß sie von dem unter Punkt 2 der Anlage zu dem Übereinkommen vorgesehenen Vorbehalt Gebrauch macht.

For the GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:

Est considéré comme ressortissant de la République Fédérale d'Allemagne, pour l'application de la Convention sur la réduction des cas de pluralité de nationalités et sur les obligations militaires en cas de pluralité de nationalités, toute personne qui est allemand au sens de l'article 116 de la Loi Fondamentale de la République Fédérale d'Allemagne.

Carstens

Für die REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Für die Anwendung des Übereinkommens über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern gilt als Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland jede Person, die Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist.

For the GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF GREECE:	Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE GRÈCE:	Für die REGIERUNG DES KÖNIGREICHS GRIECHENLAND:
For the GOVERNMENT OF THE ICELANDIC REPUBLIC:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE ISLANDAISE:	Für die REGIERUNG DER REPUBLIK ISLAND:
For the GOVERNMENT OF IRELAND:	Pour le GOUVERNEMENT D'IRLANDE:	Für die REGIERUNG VON IRLAND:
For the GOVERNMENT OF THE ITALIAN REPUBLIC:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE: Edoardo Martino	Für die REGIERUNG DER ITALIENISCHEN REPUBLIK:
For the GOVERNMENT OF THE GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:	Pour le GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:	Für die REGIERUNG DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG:
For the GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS:	Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME DES PAYS-BAS: H. R. van Houten	Für die REGIERUNG DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE:
For the GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF NORWAY:	Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE NORVÈGE: Halvard Lange	Für die REGIERUNG DES KÖNIGREICHS NORWEGEN:
For the GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF SWEDEN:	Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE SUÈDE:	Für die REGIERUNG DES KÖNIGREICHS SCHWEDEN:
For the GOVERNMENT OF THE TURKISH REPUBLIC:	Pour le GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE TURQUE:	Für die REGIERUNG DER REPUBLIK TÜRKEI:
For the GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:	Pour le GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD: Edward Heath	Für die REGIERUNG DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:

Annex

Any Contracting Party may declare that it reserves the right:

1. to make the loss of nationality referred to in Article 1, paragraphs 1, 2 and 3, subject to the condition that the person concerned already ordinarily resides or at some time takes up his ordinary residence outside its territory, except where, in the case of acquisition of a foreign nationality of his own free will, such person is exempted by the competent authority from the condition of ordinary residence abroad;

2. not to regard a declaration made by a woman with a view to acquiring her husband's nationality by virtue and at the time of marriage as an option within the meaning of Article 1;

3. to allow any of its nationals to retain his previous nationality if a Contracting Party for whose nationality he applies in the manner referred to in Article 1 gives its prior consent thereto;

4. not to apply the provisions of Articles 1 and 2 when the wife of one of its nationals has acquired another nationality while her husband retains the nationality of such Party.

Annexe

Chacune des Parties Contractantes peut déclarer qu'Elle se réserve:

1. de subordonner la perte de sa nationalité prévue aux paragraphes 1, 2 et 3 de l'article 1er à la condition que la personne intéressée réside habituellement ou fixe sa résidence habituelle à quelque moment que ce soit en dehors de son territoire, à moins que, s'agissant d'une acquisition par manifestation expresse de volonté, la même personne soit dispensée par l'autorité compétente de la condition de résider habituellement à l'étranger.

2. de ne pas considérer comme une option au sens de l'article 1er, la déclaration souscrite par la femme en vue d'acquérir la nationalité du mari au moment et par l'effet du mariage.

3. de permettre à l'un de ses ressortissants de conserver sa nationalité antérieure si la Partie Contractante dont il demande d'acquérir la nationalité, aux termes de l'article 1er, y consent au préalable.

4. de ne pas appliquer les dispositions des articles 1er et 2 de la présente Convention lorsque l'épouse de l'un de ses ressortissants a acquis une nouvelle nationalité, aussi longtemps que son mari conserve la nationalité de cette Partie.

Anlage

Jede Vertragspartei kann erklären, daß sie sich das Recht vorbehält,

(1) den in Artikel 1 Absätze 1, 2 und 3 vorgesehenen Verlust der Staatsangehörigkeit von der Voraussetzung abhängig zu machen, daß die betreffende Person sich gewöhnlich außerhalb ihres Hoheitsgebiets aufhält oder dort zu irgendeinem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nimmt, es sei denn, daß im Falle des Erwerbs einer fremden Staatsangehörigkeit kraft ausdrücklicher Willenserklärung die betreffende Person durch die zuständige Behörde von der Voraussetzung des gewöhnlichen Aufenhalts im Ausland befreit wird;

(2) eine Erklärung, die eine Frau zu dem Zweck abgibt, durch Eheschließung und im Zeitpunkt derselben die Staatsangehörigkeit des Ehemannes zu erwerben, nicht als Option im Sinne des Artikels 1 anzusehen;

(3) einem ihrer Staatsangehörigen zu gestatten, seine bisherige Staatsangehörigkeit beizubehalten, wenn die Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit er gemäß Artikel 1 zu erwerben beantragt, dem vorher zugestimmt hat;

(4) wenn die Ehefrau eines ihrer Staatsangehörigen eine neue Staatsangehörigkeit erworben hat, die Artikel 1 und 2 des Übereinkommens so lange nicht anzuwenden, wie der Ehemann die Staatsangehörigkeit dieser Vertragspartei beibehält.

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeines

Auf eine Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarats im Jahre 1958 hatten die Ministerbeauftragten mit Entschließung vom 19. September 1958 einen Sachverständigenausschuß einberufen, dem die Aufgabe gestellt wurde, die Möglichkeit eines Übereinkommens zur Verringerung der Mehrstaatigkeit zu prüfen und gegebenenfalls den Entwurf eines entsprechenden Übereinkommens zur Verringerung der Mehrstaatigkeit auszuarbeiten. Dabei sollte auch die Wehrdienstfrage von Mehrstaatern geprüft werden.

Der Sachverständigenausschuß ist in fünf Sitzungen in der Zeit vom 8. bis 13. Januar 1959, vom 1. bis 8. Juni 1959, vom 21. bis 28. Juni 1960, vom 13. bis 18. Februar und 18. Juni bis 22. Juni 1962 am Sitz des Europarats in Straßburg zusammengetreten. Er hat einen Entwurf eines Übereinkommens zur Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern erarbeitet. Die Ministerbeauftragten berieten den Entwurf in mehreren Sitzungen. Am 6. Mai 1963 wurde das Übereinkommen von der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit Österreich, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Norwegen und Großbritannien und am 5. Juni 1963 von Belgien unterzeichnet.

Bei der Ausarbeitung des Übereinkommens war man sich klar, daß die mehrfache Staatsangehörigkeit, die sich aus dem Nebeneinanderbestehen der Regeln des „jus soli" und des „jus sanguinis" ergibt, schwer zu beseitigen ist, denn diese Regeln stellen Grundprinzipien des Staatsangehörigkeitsrechts dar und beruhen auf politischen, bevölkerungspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen, die tief in den nationalen Rechtsordnungen wurzeln und berücksichtigt werden müssen. Das gleiche gilt für jede Doppelstaatsangehörigkeit, die sonst kraft Gesetzes entsteht. Eine Lösung dieser Fragen wurde auch nicht angestrebt. Hingegen sollte die mehrfache Staatsangehörigkeit möglichst weitgehend eingeschränkt werden, wenn ein willentlicher Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit vorliegt. Außerdem soll Mehrstaatern die Möglichkeit eingeräumt werden, eine oder mehrere ihrer Staatsangehörigkeiten aufzugeben. Hinsichtlich der Wehrpflicht von Mehrstaatern ist festgelegt, daß diese ihre Wehrpflicht nur einem der Vertragsstaaten gegenüber zu erfüllen brauchen, und zwar grundsätzlich demjenigen Vertragsstaat gegenüber, in dessen Hoheitsgebiet sich der Mehrstaater gewöhnlich aufhält.

Bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde soll von den Vorbehalten in Nummern 1 und 3 der Anlage des Übereinkommens Gebrauch gemacht werden und außerdem eine Erklärung abgegeben werden, daß das Übereinkommen auch im Land Berlin gilt. Bereits bei der Unterzeichnung des Übereinkommens am 6. Mai 1963 hat die Bundesrepublik erklärt, daß als Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland jede Person gilt, die Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist.

Die Ratifikation des Übereinkommens bringt, wenn von den genannten Vorbehalten Gebrauch gemacht wird, keine ins Gewicht fallenden Änderungen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts mit sich. Die deutschen Gesetzesvorschriften, vor allem der hauptsächlich einschlägige § 25 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG), bleiben in ihrem Grundgehalt unberührt.

Als erster und einziger Staat hat Frankreich seine Ratifikationsurkunde am 26. Januar 1965 bei dem Generalsekretär des Europarats in Straßburg hinterlegt. Das Übereinkommen ist daher bislang noch nicht in Kraft getreten.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Diese Bestimmung enthält das Kernstück des Übereinkommens. Es wird dabei zwischen Volljährigen und Minderjährigen unterschieden. Da der Verlust der Staatsangehörigkeit bei Volljährigen und Minderjährigen auf verschiedenen Voraussetzungen beruhen kann, werden diese beiden Gruppen getrennter Regelung unterworfen. Der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit tritt mit dem Erwerb der neuen Staatsangehörigkeit ohne weiteres ein; es bedarf dazu keiner behördlichen Genehmigung.

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht (§ 25 RuStAG) sieht schon bisher den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit vor, wenn auf Antrag eine fremde Staatsangehörigkeit erworben wird; allerdings kommt als weitere Voraussetzung für diesen Verlust hinzu, daß der Deutsche weder seinen Wohnsitz noch seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat. Dieses Merkmal enthält Artikel 1 des Übereinkommens nicht. Durch Ausübung des Vorbehalts in Nr. 1 der Anlage des Übereinkommens kann jedoch der Rechtszustand des § 25 RuStAG im wesentlichen gewahrt werden.

Das in Artikel 1, Abs. 1 und 2 enthaltene Gebot, einem Staatsangehörigen bei Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit die Beibehaltung der vorherigen Staatsangehörigkeit zu versagen, entfällt, wenn von dem Vorbehalt in Nr. 3 der Anlage des Übereinkommens Gebrauch gemacht wird; eine Beibehaltungsgenehmigung kann künftig allerdings nur dann erteilt werden, wenn der Staat, dessen Staatsangehörigkeit erworben werden soll, damit einverstanden ist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit auch bisher nur in Ausnahmefällen und nur dann genehmigt wurde, wenn sie der fremde Staat mit den Loyalitätspflichten seines neuen Staatsbürgers für vereinbar hielt.

Absatz 2 dient dem besonderen Schutze der Minderjährigen.

Absatz 3 enthält möglicherweise insofern eine vom deutschen Recht abweichende Regelung, als ein Minderjähriger die deutsche Staatsangehörigkeit auch dann verliert, wenn er eine fremde Staatsangehörigkeit auf Grund der Einbürgerung seiner

Eltern von Gesetzes wegen kraft Erstreckung erwirbt, ein besonderer Antrag für ihn also nicht gestellt ist. Die Frage, ob ein solcher Staatsangehörigkeitserwerb schon nach bisherigem Recht einen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach sich zieht oder nicht, ist umstritten und noch nicht endgültig geklärt. Verliert nur ein Elternteil seine alte Staatsangehörigkeit, so verliert der Minderjährige nach Satz 2 seine bisherige Staatsangehörigkeit nur dann, wenn er nach dem Recht dieses Staates der Person folgt, welche die neue Staatsangehörigkeit erworben hat. Da das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht bisher überhaupt keinen Staatsangehörigkeitsverlust von Minderjährigen kraft Erstreckung kannte, bleibt der Minderjährige in jedem Falle deutscher Staatsangehöriger; eine gesetzliche Regelung nach Satz 2 Halbsatz 2 erübrigt sich daher.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel soll es einem Mehrstaater ermöglichen, eine oder mehrere seiner Staatsangehörigkeiten aufzugeben, wenn der Staat, dessen Staatsangehörigkeit aufgegeben werden soll, ihm dies genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung steht grundsätzlich im freien Ermessen des betreffenden Vertragsstaates. Sie darf aber dann nicht versagt werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 gegeben sind.

Dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht ist — ebenso wie dem Staatsangehörigkeitsrecht anderer Unterzeichnerstaaten — ein Verzicht auf die Staatsangehörigkeit unbekannt. An dessen Stelle steht im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht das Institut der Entlassung auf Antrag. Da nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz die Entlassung abgesehen von dem Falle des § 22 RuStAG grundsätzlich immer gewährt werden muß, ist die vorhandene innerdeutsche Regelung geeignet, die Fälle der Mehrstaatigkeit in stärkerem Maße zu verringern als die in Artikel 2 enthaltene Vertragsregelung. Bei den Verhandlungen im Sachverständigenausschuß bestand Übereinstimmng, daß die deutsche Entlassung aus der Staatsangehörigkeit auf Antrag dem staatlich genehmigten Verzicht nach Artikel 2 gleichwertig ist. Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes bestimmt daher, daß die in Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens erwähnte Genehmigung in Form der Entlassung erteilt wird. Bei einer etwaigen Versagung der Entlassung nach § 22 RuStAG sind allerdings in Zukunft die Einschränkungen des Absatzes 2 zu beachten.

Zu Artikel 3

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf die Verwaltungsgebühren, die für die Errichtung der Urkunden erhoben werden, welche die Beteiligten zu dem Verzicht benötigen (z. B. standesamtliche Urkunden, Stempel oder Eintragungsgebühren).

Zu Artikel 4

Dieser Artikel soll es den Vertragsparteien ermöglichen, Bestimmungen anzuwenden, die für die Verringerung der Mehrstaatigkeit günstiger sind als die Betimmungen des Übereinkommens. Das ist für das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht vor allem von Bedeutung im Hinblick auf das Institut der Entlassung (vgl. Begründung zu Artikel 2).

Zu Artikel 5 und 6

Trotz der in Kapitel I enthaltenen Vorschriften zur Verringerung der Mehrstaatigkeit wird es auch künftig Fälle von Mehrstaatigkeit geben. Da sich die Mehrstaatigkeit erfahrungsgemäß bei Personen im wehrpflichtigen Alter besonders einschneidend auswirkt, sind in Kapitel II Regelungen getroffen, die sich mit den Folgen der Mehrstaatigkeit auf dem Gebiete der militärischen Dienstpflicht befassen.

Artikel 5 enthält in Absatz 1 die unabdingbare Grundregel, daß ein Mehrstaater im Verhältnis zu den in Betracht kommenden Vertragsstaaten seine Wehrpflicht nur gegenüber einer Vertragspartei zu erfüllen braucht. Als Wehrpflicht ist dabei sowohl der aktive Wehrdienst als auch der Wehrdienst in der Reserve zu verstehen. Nach Absatz 2 steht es den vertragsschließenden Parteien frei, die Auswirkungen des Absatzes 1 in Sondervereinbarungen näher zu regeln.

Artikel 6 enthält eine Reihe von Regelungen, die angewendet werden sollen, wenn keine Sondervereinbarungen nach Artikel 5 Abs. 2 getroffen worden sind oder wenn solche Sondervereinbarungen für derartige Fälle nichts anderes vorsehen.

Artikel 6 Abs. 1 enthält die Grundregel, daß ein Mehrstaater seine Wehrpflicht nur gegenüber dem Staat zu erfüllen braucht, in dessen Hoheitsgebiet er sich gewöhnlich aufhält. Das Wehrpflichtgesetz geht zwar in § 1 vom „ständigen Aufenthalt" aus, aber es besteht im Ergebnis insoweit kein Unterschied, denn gemeint ist in beiden Fällen der Ort, der Mittelpunkt der Lebensinteressen des Betroffenen ist. Die darin liegende Anerkennung des sogenannten Niederlassungsprinzips entspricht dem sich nach der Haager Kodifikationskonferenz von 1930 abzeichnenden Völkerrecht. Die vorgesehene beschränkte Optionsmöglichkeit für den aktiven Wehrdienst ist eine Kompromißformel, die jedoch als unbedenklich angesehen werden kann, da der zu leistende Wehrdienst in dem Staat, für den optiert wird, zumindest von gleicher Dauer sein muß wie in dem Staat, in dem sich der Optierende gewöhnlich aufhält.

Die in Artikel 6 Abs. 2 vorgesehene Bestimmung für die Mehrstaater, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Staat haben, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, berührt deutsche Belange im Hinblick auf § 1 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes nicht. In Artikel 6 Abs. 3 und Abs. 4 ist folgerichtig vorgesehen, daß der von einem Mehrstaater in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, bereits geleistete oder künftig zu leistende Wehrdienst, der den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen entspricht, in dem anderen Staat, dessen Staatsangehörigkeit der Wehrpflichtige ebenfalls besitzt, als Erfüllung der Wehrpflicht anerkannt wird.

Für die Erfüllung der Wehrpflicht eines Reservisten sieht Artikel 6 Abs. 5 uneingeschränkt das Niederlassungsprinzip vor.

Absatz 6 stellt sicher, daß die Erfüllung der Wehrpflicht in dem einen Staat die Staatsangehörigkeit in dem anderen Staat nicht berührt.

Nach Absatz 7 sind die Vertragsparteien im Falle einer Mobilmachung im Hinblick auf die Notsituation, in der sich ein Staat dann befindet, an die Verpflichtungen aus diesem Artikel nicht gebunden.

Zu Artikel 7

Artikel 7 geht zunächst von dem Grundsatz aus, daß die Vertragsparteien beide Teile des Übereinkommens anwenden. Diejenige Vertragspartei, die Kapitel I annehmen will, muß auch Kapital II (Wehrpflichtbestimmungen) anwenden. Es wird jedoch den Vertragsparteien eingeräumt, nur Kapitel II für anwendbar zu erklären, wobei es ohne weiteres möglich ist, später auch Kapitel I wirksam werden zu lassen.

Jede Vertragspartei, die beide Kapitel anwendet, kann jedoch nach Absatz 2 erklären, daß sie Kapitel II nur gegenüber denjenigen Vertragsparteien anwenden wird, welche beide Kapitel anwenden. Es wird dadurch ein System der Gegenseitigkeit geschaffen.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Regelungen über die Erklärung von Vorbehalten. Die zulässigen Vorbehalte sind in der Anlage zum Übereinkommen aufgeführt.

Zu Artikel 9

Hiernach wird den Vertragsstaaten die Möglichkeit gegeben, bezüglich der Staaten und Hoheitsgebiete, deren internationale Beziehungen sie wahrnehmen oder für die sie Verträge zu schließen befugt sind, den Begriff „Staatsangehörige" zu bestimmen oder die „Hoheitsgebiete" zu bezeichnen, auf welche das Übereinkommen anwendbar ist.

Zu Artikel 10 bis 13

Diese Bestimmungen enthalten übliche Verfahrensregeln über Unterzeichnung, Ratifikation oder Annahme und Inkrafttreten des Übereinkommens, über den Beitritt zum Übereinkommen sowie die Dauer seiner Geltung und die Kündigung des Übereinkommens.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. Zu den Eingangsworten

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung

Die Zustimmungsbedürftigkeit ergibt sich gemäß Artikel 84 Abs. 1 GG daraus, daß Artikel 2 des Entwurfs des Ratifikationsgesetzes i.V.m. §§ 23, 39 RuStAG die Zuständigkeit bestimmter Landesbehörden, nämlich die der höheren Verwaltungsbehörden, regelt.

Außerdem enthält Artikel 2 des Gesetzentwurfs i.V.m. § 23 RuStAG auch eine Bestimmung über das Verwaltungsverfahren der Landesbehörden bei der Genehmigung des Verzichts auf die deutsche Staatsangehörigkeit und bei der Bewilligung der Befreiung von der Voraussetzung des gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland.

Schließlich beinhaltet Artikel 3 des Übereinkommens eine Regelung des Verwaltungsverfahrens, da die Befreiung von Gebühren oder Abgaben hierunter fällt.

2. Zu Artikel 1

In Artikel 1 ist folgender Satz 2 einzufügen:

„Die Bundesrepublik Deutschland macht von den Vorbehalten in Nummern 1 und 3 der Anlage des Übereinkommens Gebrauch."

Begründung

Es ist verfassungsrechtlich geboten, daß der Gesetzgeber die Erklärung der Vorbehalte durch die Bundesregierung in seinen Willen aufnimmt.

3. Zu Artikel 2

In Absatz 1 und 2 sind jeweils die Worte „nach den §§ 19 bis 23" durch die Worte „nach den §§ 19 und 23" zu ersetzen.

Begründung

Durch die Änderungen soll klargestellt werden, daß es sich nur um Verweisungen auf Verfahrensvorschriften handelt.

Anlage 3

Auffasung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Zu 1.

Dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt. Die Bundesregierung teilt zwar die Auffassung des Bundesrates, daß Artikel 2 des Entwurfs des Zustimmungsgesetzes i.V.m. §§ 23, 39 RuStAG die Einrichtung von Landesbehörden und i.V.m. § 23 RuStAG das Verwaltungsverfahren der Landesbehörden im Sinne des Artikels 84 Abs. 1 GG regelt, nicht. Sie schließt sich jedoch der Stellungnahme des Bundesrates an, daß Artikel 3 des Übereinkommens als Vorschrift über Gebührenbefreiung eine Regelung des Verwaltungsverfahrens enthält.

Zu 2.

Die Bundesregierung hält die Aufnahme der Vorbehalte in den Nummern 1 und 3 der Anlage des Übereinkommens in das Zustimmungsgesetz verfassungsrechtlich nicht für geboten. Im Interesse einer klaren und übersichtlichen Darstellung der Rechtslage ist die Bundesregierung gleichwohl bereit, einer Aufnahme der Vorbehalte in das Gesetz in der Form zuzustimmen, daß Artikel 1 des Gesetzentwurfs unverändert bleibt und Artikel 2 wie folgt gefaßt wird:

„Artikel 2

(1) Ein deutscher Staatsangehöriger verliert die deutsche Staatsangehörigkeit in den Fällen des Artikels 1 Abs. 1, 2 und 3 des Übereinkommens nur dann, wenn er seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland hat oder nimmt. Die in Nummer 1 Halbsatz 2 der Anlage des Übereinkommens vorgesehene Befreiung von dieser Voraussetzung wird in Form der Entlassung nach den §§ 19 und 23 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 583) erteilt.

(2) Ein deutscher Staatsangehöriger verliert die deutsche Staatsangehörigkeit in den Fällen des Artikels 1 Abs. 1 und 2 des Übereinkommens nicht, wenn er vor dem Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit auf seinen Antrag die schriftliche Genehmigung (Nummer 3 der Anlage zum Übereinkommen) der zuständigen Behörde zur Beibehaltung seiner Staatsangehörigkeit erhalten hat. Die Genehmigung darf nur erteilt werden und ist nur wirksam, wenn der ausländische Staat dem vorher zugestimmt hat.

(3) Soweit in Artikel 2 des Übereinkommens die Möglichkeit eines staatlich genehmigten Verzichts auf eine der Staatsangehörigkeiten der Vertragsstaaten vorgesehen ist, wird die Genehmigung für deutsche Staatsangehörige in Form der Entlassung nach den §§ 19 und 23 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erteilt.

(4) Die Artikel 5 und 6 des Übereinkommens, die die Erfüllung der Wehrpflicht in Fällen der Mehrstaatigkeit betreffen, gelten nicht im Land Berlin."

Zu 3.

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die Änderung ist im Neufassungsvorschlag zu 2. bereits berücksichtigt.

Bo 612208 12. 66